

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer noch Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 832.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Das Kartell in Nöthen.

Die letzte Sitzung des Reichstages liegt namentlich dem linken Flügel der Kartelltruppe, den Nationalliberalen, schwer im Magen; von der „Köln. Stg.“ bis zu der „Nationalzeitung“ jammern die Presborgan der Herren von Bismarck und Miquel über den Starrsinn der Regierung, welche das schöne Sozialistengesetz verschmäht und damit den Wahlkampf mit einer Frage beschwert hat, die manchen Kandidaten für sein Mandat zittern läßt. Es wäre so schön gewesen, wenn das befristete Ausnahmegesetz in ein dauerndes Spezialgesetz — diese Bezeichnung hatte Herr Kautmann erfunden — verwandelt worden wäre, dann hätten die Wähler vor einer unabänderlichen Thatsache und die nationalliberalen Bewerber um die Parlamentsitze keinen als Entschädigung für das dauernde Sozialistengesetz vorgeschlagenen Maßregeln zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung versprochen.

All diese Hoffnungen sind nun ins Wasser gefallen, das Sozialistengesetz ist zur Wahlparole geworden, und die Wähler wissen ganz genau, daß es von dem Ausfall des Kampfes am 20. Februar abhängt, ob in Deutschland die Aera der Ausnahmegeetze verewigt, ob der Grundsatz „Gleiches Recht für Alle“ für immer festgelegt werden soll. Deshalb die Stoßfussler dieser Partei.

Der Wahlkampf wird von der Frage: „Sozialistengesetz oder nicht?“ beherrscht werden; alles Andere tritt in den Hintergrund; das ist, wie wir glauben, das Ziel der nationalliberalen Wahlpolitik, welche wieder einmal, wie im Jahre 1878, die Angst vor der Sozialdemokratie auf ihre Karte setzt, mit welcher sie einen zu allen Steuern und Ausgaben Plänen bereiten Reichstag zu gewinnen hofft.

Mit dieser Politik hat man zu rechnen; eine Abnung davon scheint auch bereits in den leitenden Kreisen der Kartellmajorität des Reichstages aufgedämmert zu sein, denn unmittelbar nach Schluß der Session sind die Mitglieder der in der letzten Abstimmung sich feindlich gegenüber stehenden Kartellbrüder zusammengetreten und haben beschlossen, daß die Frage des Sozialistengesetzes als eine „öffentliche“ betrachtet werden soll, d. h. daß dieselbe im Wahlkampf keine Rolle zu spielen hat, und daß trotzdem die „konservativen Parteien“ im Reichstage bei der Ausdehnung des Ausnahmegesetzes auseinander gelaufen sind, dieselben im Wahlkampf aber einmütig und gemeinsam gegen „die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger“ zu marschieren haben.

Es wird hiernach also für die nationalliberalen Wähler kein Grund vorliegen, Herrn v. S. Adorff z. B., dem die „Ausdehnung“ noch nicht schwierig genug ist, der den Gipfel der Sozialreform in der „Expatrirung“ erblickt, die Stimmen zu verweigern, und die Konservativen werden so gnädig sein, den Nationalliberalen, welche schwächlich, wie sie nun einmal sind, ihre sozialreformatorische Thätigkeit nur mit der

Schaffung eines dauernden Ausnahmegesetzes krönen wollen, zum Wahlsiege zu verhelfen; sind dann die Herren erst wieder beisammen, so findet sich die Verständigung über die Behandlung der „sozialdemokratischen Agitatoren“ schon, und was unmittelbar vor der Wahl der „liberalen“ Namenshälfte wegen nicht gemacht werden konnte, das wird am Beginn einer fünfjährigen Legislaturperiode zur „nationalen“ Pflicht, wenn es sich darum handelt, den Reichstag von der sozialdemokratischen Infuhenza zu befreien.

Für das Volk aber handelt es sich außer dem Sozialistengesetz noch um andere Dinge bei der diesmaligen Wahl. Daß die Sozialdemokratie den Fesseln und Schlingen des Ausnahmegesetzes nicht erliegt, sieht nachgerade Jeder mann ein, daß die mehr als elfjährige Wirksamkeit desselben der Partei, zu deren Bekämpfung resp. Vernichtung es geschaffen ist, keinen Abbruch gethan, ihre geistige Vertiefung und äußerliche Ausbreitung nicht gehindert, ihrem Wachstum kein Ziel gesetzt, ihrer Heeresfolge kein Halt geboten hat, liegt so klar vor den Augen der Zeitgenossen, daß es wirklich überflüssig wäre, wollten wir darüber bei dieser Gelegenheit noch weiter sprechen.

Die Sozialdemokratie hat es ihrer Entstehung und Entwicklung noch nicht nötig, die zu ihrer Bekämpfung geschaffenen mechanischen Polizeimaßregeln irgendwie zu fürchten, ihr endlicher Sieg wird dadurch nicht aufgehalten, und die zukünftige Gesellschaft, für welche die Kämpfe der heutigen Zeit nur von historischem Werth sein werden, wird ein mitleidiges Lächeln haben für die Naivetät, welche ernsthaft glaubte, die große Kulturbewegung aller Zeiten mit so überaus kleinen Mitteln siegreich bekämpfen zu können.

Für die nach unserer Ueberzeugung mit absoluter Sicherheit vorgezeichnete soziale Entwicklung der Dinge werden die bevorstehenden Wahlen von keinem entscheidenden Einfluß sein, sie werden in dieser Beziehung nur eine Etappe bilden auf dem Vormarsch der Arbeiterklasse; insofern sind dieselben von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit und die Sozialdemokratie muß mit aller Energie dafür kämpfen, daß die Wahlen, sowohl bezüglich der abgegebenen Stimmen, als auch der eroberten Mandate, ein klares Bild der in den breiten Volksmassen verbreiteten sozialdemokratischen Ueberzeugung geben. Dies die durch das sozialdemokratische Programm und dessen Konsequenzen gestellte Aufgabe; daneben geht die Pflicht im Interesse der übergroßen Majorität des Volkes, im Interesse der wirtschaftlich Schwachen, der unter dem Druck der heutigen Zustände schwer leidenden Arbeiterklasse zu verhüten, daß der neue Reichstag wieder dem Kartell gehört, wieder eine Majorität gewählt wird, welche die Volkslasten in's Ungemeine steigert, die politischen Rechte noch mehr einschränkt, vielleicht gar das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht der Reaktion ausliefert.

Das zu verhindern ist Aufgabe der Wähler; die Zoll- und Steuerpolitik, deren Wirkung die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel ist, darf nicht fortgesetzt werden; durch den Ausfall der Wahl muß jede Möglichkeit beseitigt

werden, daß die bisherige Majorität die Rinne der Gesetzgebung in die Hand bekommt; das Wahlergebnis muß eine Garantie dafür bieten, daß die Interessen der Gesamtheit und nicht diejenigen einzelner, zudem der Fürsorge nicht einmal bedürftiger, Volkstheile im Reichstage zur Geltung kommen.

Der Kampf um Beseitigung des Sozialistengesetzes deckt sich hier mit dem Kampfe gegen ein Kartell von volksfeindlichen Parteien, welche durch die Vertheuerung des Brotes, durch Preisgebung wichtiger politischer Rechte, es ein für alle Mal verwirklicht haben, mit der Vertretung des Volkes betraut zu werden.

Unsere Wahlparole ist: für die Sozialdemokratie gegen die Brotertheurer; für die Freiheit gegen die Reaktion.

Jeder denkende Arbeiter, jeder wahre Volksfreund muß sich dieser Parole anschließen, muß seinen Platz einnehmen in Reich und Glied und muß helfen einen Reichstag zu wählen, welcher der wahre Ausdruck des Volkswillens ist und in dem das Kartell der Volksfeinde nicht zur Herrschaft gelangt.

Die letzten drei Jahre, die Thätigkeit des Kartellreichstages, mögen dem Volke eine Mahnung sein, sich nicht noch einmal ein Angstroothum abringen zu lassen; jede Beeinträchtigung energisch zurückweisend, gestützt auf die eigene Kraft muß die Arbeiterklasse an die Wahlurne treten und ihrer politischen Organisation, der Sozialdemokratie, den Sieg erringen.

Es steht viel auf dem Spiele; für fünf lange Jahre ist der 20. Februar entscheidend. Soziale Reformen auf demokratischer Grundlage, Erweiterung der politischen Rechte des Volkes; diese berechtigten Forderungen zu erfüllen, ist nur die Sozialdemokratie bereit und befähigt; deshalb vorwärts zum Kampfe für die Sozialdemokratie!

Korrespondenzen.

Paris, den 23. Januar 1890. Die durch die Invalidation von Deputirten verursachten Nachwahlen lassen neue Meinungsverschiedenheiten im boulangistischen Lager hervortreten. Die heterogenen Elemente, welche durch die Aussicht auf eine einträgliche Abenteuerpolitik zusammengeschwehrt waren, treten immer mehr in ihrer Gegensätzlichkeit hervor. Die neueste Evolution, welche mehrere Mitglieder des Komitees der Nationalpartei ausgeführt, ist eine Schwankung ins antisemitische Lager der Herren Drumont, Jean de Biez und anderer Hierden des hocharistokratischen Faubourg St. Germain, die täglich einen Juden zum Frühstück verpassen. Nachdem sich der Boulangismus bereits mit allen politischen reaktionären Strömungen verquid hatte, blieb ihm nur noch übrig, sich auf den Antisemitismus einzuschwören, und das hat auch ein Theil der Anhänger des „brav' General“ mit großem Enthusiasmus gethan. Das „geistige Haupt“ der Antisemiten hatte bereits in seinem letzten, übrigens in manchen Punkten eine treffliche Kritik der aktuellen kapitalistischen Gesellschaft enthaltende Werk „Das Ende einer Welt“ dem eleganten Reiter des berühmten

konnten nur Liebesgötter sein, welche diese Umwandlung vollbracht hatten.

Seit drei Jahren liebten sich Henri und Jane. Das kann man so gut auf einer Zeile auseinandersehen, wie das Unbeschreibliche mit einem Worte.

Frau v. Dinou hatte endlich eingewilligt, den Kämpfer der Bastille zu empfangen. Kroden, Fleisch, gleichgiltig, und von Morgens 8 Uhr an schon in großer Toilette, ging sie daher, als wenn sie aus einem Stück Holz geschnitten wäre und grüßte nur durch ein leichtes Kopfnicken. Man war geneigt, bei jeder ihrer Bewegungen nach deren Lieblichkeit zu forschen. Gewöhnlich war sie schweigsam, und durch dieses Schweigen setzte sie die Leute in Verlegenheit. Bisweilen, wenn man vom Könige, der Königin oder vom königlichen Hause sprach, kam dieses Holz in Bewegung und dann wurde alles verdammt, was nicht zur Hofpartei gehörte. Der junge Mann ertrug alles, weil er Jane liebte. Sie ihrerseits hatte auf einem ihrer Spaziergänge den Entschluß gefaßt, zu sehen, wo ihr Freund wohnte. Sie bog in die Straße Bourbonnais ein und belehrt durch den „König Dagobert“, hatte sie in dem Hintergrunde seines Ladens den alten Kaufmann mit dem grauen Kopfe inmitten seiner Kommiss erkannt. Jane hatte Rousseau gelesen, und wenn sie ihren Verstand und ihr Herz sprechen ließ, so erhob sie sich mit einer hochherzigen Entrüstung gegen die Ungleichheit der Lebensbedingungen. In der gewöhnlichen Praxis des Lebens jedoch war sie ein Kind ihrer Erziehung, ihres Standes und ihrer Zeit, und Herr Lenoir, mit einem Stück Luch in der Hand, konnte schon alle ihre Träume verschweigen. Es genügte jedoch für die junge Frau, an Henri zu denken, um dieser Empfindung Raster zu werden. Man ist nirgends freier als in Paris, und das Bestreben der Leidenschaft,

Feuilleton.

Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung von Tony Révillon aus den Jahren 1789—1792. Deutsch von Ludwig Knorr.

Da ihm der kleinste Widerstand ein unendliches Uebel schien, so beschloß er auf ein oder zwei Jahre auf seine Freigebungen zu verzichten. Das kleine Haus blieb verlassen. Indessen änderte dies an seinem gefälligen Aussehen nichts; der Garten blieb wohlgepflegt, die Rosen und Sträucher grüntem und blühten und die Vorhänge wurden in die Höhe gezogen, um frische Luft einzulassen. Es verging noch ein Jahr. Eine neue Versammlung war an die Stelle der alten getreten, eine neue Politik kündigte sich an. Bisher hatten die Könige gegen einander Krieg geführt, jetzt gingen sie an sich gegen das Volk zu schlagen. Sie nahmen lebhaften Antheil an ihrem Mitbruder in Frankreich und versprochen abgaben, ihn sehr bald vermittelt ihrer Soldaten wieder in sein Land zurückzubringen. Ludwig XVI. sollte allerdings in die Tuilerien zurückgeführt werden, aber durch seine Unterthanen. Oh, wie dieser Gedanke das kleine Haus in Trauer versetzte. Der Gärtner ließ die Hecken zu beschneiden, abgebrochene Zweige hingen an den Bäumen und Unkraut wucherte auf dem Boden. Das Wasser tropfte von der Dachrinne in den zarten Sand der Wege, die Laubenschläge blieben geschlossen und all der trübliche Schnickschnack im Innern verschwand in tiefer

Mann, Zionskirchstr. 3, 3 Tr.; Eugen Ernst, Hustenstr. 88, Hof links, 1 Tr., anzugeben.

Als Sammler der betr. Zeitungen u. haben sich folgende Herren bereit erklärt: J. Selzer, Barbier, Anklamerstr. 13. Gust. Löwenberg, Oberbergerstr. 50. Fritz Scherbing, Fehrbellinerstr. 93. Wilhelm Schulze, Schuhmacher, Feldbergmeisterstr. 8, Keller. J. Simon Nachf., Inh. Ad. Adler, Kaufmann, Meißnerstr. 33. C. Engel, Buchbinderei, Chorinerstr. 9. Karl Wittmann, Straßfunderstr. 61, Buchbinder, 3 Tr. Otto Schmiedel, Hochmeisterstr. 15, 2 Tr. W. Abraham, Tischler, Schönhauser Allee 69, 3 Tr. Rudolf Sellmann, Möbelwerkstr. 15, vorn Keller. C. Kaufendfreund, Möbelschäft, Fehrbellinerstr. 78. E. Runge, Buchhandlung, Ruppinerstr. 2, 2 Treppen. W. Jen, Rheinsbergerstr. 38, vorn 3 Tr. links. Fritz Vogt, Zigarrenschäft, Birkenstr. 59. D. Rasche, Wiesenstr. 8, Hof 3 Tr. Franz Schwabe, Maurer, Waldstr. 4, Hof part. Jul. Redner, Birkenstr. 76, Hof 2 Tr. Karl Pörr, Birkenstr. 46, vorn 3 Tr. Emil Hübler, Schuhmacher, Birkenstr. 56, Quergeb. part.

Versammlungen.

Für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis fand am Donnerstag eine gut besuchte Wählerversammlung in Orskel's Salon statt, in welcher Stadtorbitor Bogt Herr über die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte. Derselbe vermerkte es als ein besonderes Zeichen unserer gegenwärtigen politischen Zeit, daß man es dem zielbewußten politischen Manne zum Vorwurfe mache, wenn er von seinen politischen Rechten einen ausgiebigen Gebrauch mache. Freilich zeige sich, daß solche Leute, die nur am Material ihre politische Anschauung fundieren, stets im Hintergrunde stehen, wo es gilt, die politischen Rechte auszunutzen. Anders die sozialdemokratische Partei; diese hat ihr Programm aufgebaut auf der Grundlage unerschütterlicher wirtschaftlicher Gesetze, und deshalb kann sie durch keine Beschränkungen gehemmt werden. Selbst die letzten 12 Jahre unter dem Ausnahmefesetz haben es nicht vermocht, den Strom ihrer Ideen auszuhalten, der tiefer und tiefer eingedrungen ist in die Masse des Volkes. Unser Anhang — so meinen die Gegner — resultiert nur aus dem Umstande, daß die Massen sich über unsere Endziele im dunkeln befinden, obgleich gerade umgekehrt feststeht, daß die Wähler von unseren Gegnern vollständig im Dunkeln gelassen werden. Kein Kandidat der Kartellparteien hat seinen Wählern gesagt, daß er das Volk mit der Vertheuerung aller Lebensmittel belasten, die fünfjährige Legislaturperiode einführen, die Recondation erhöhen wolle. Das Sozialistengesetz ist ja von diesen Leuten geschaffen worden, um eben die Wähler in der Unkenntnis über unsere Ziele zu erhalten. Dieses Gesetz ist der lebendigste Beweis dafür, daß man in gewissen Kreisen wohl Verständnis für Pferderennen und ähnlichen Sport, aber nicht für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volkes hat. Man

hat schließlich auch selbst zugeben müssen, daß dieses Gesetz ohnmächtig gegen unsere Bestrebungen ist, und daß es tatsächlich und wirtschaftlich falsch war. Man giebt also zu, sich getäuscht zu haben in seinem Erfolge. Aber statt nun dieser besseren Erkenntnis Raum zu geben, erklären jene Herren, die alles Heil nur von der Polizei erwarten, daß die Mittel nicht gründlich genug waren; das Gesetz habe Lücken und diese müßten ausgefüllt werden. So verfliege man sich sogar zu dem Expatrationsgesetz. Wenn das ein Schlag ins Wasser wurde, so ist daran nicht das Wohlwollen schuld, sondern die Einsicht, daß man auch mit einer so ungeheuerlichen Bestimmung nicht ausrichten werde. Die hohe Staatsweisheit hat sich nicht träumen lassen, daß jenes Mittel, welches ursprünglich auf zwei Jahre geplant war, noch nach zwölf Jahren wirkungslos bleiben würde, und man griff nun zu einer Verminderung des Gesetzes. Ein solches Gesetz ist keine Schande für die Sozialdemokratie, wohl aber kennzeichnet es die politische Urtheilsfähigkeit. Der Minister Herrfurth ist so weit gegangen, die Sozialdemokraten als Leute zu bezeichnen, die nicht arbeiten wollen. Wir können nichts Besseres thun, als dem Ruf unseres Genossen Liebknecht folgend, in jeder Wählerversammlung diese Worte wiederholen. Unwahr ist auch die Behauptung, daß die Sozialdemokratie zum Streit reizt und aufreize, wohl aber ist Thatsache, daß unsere Partei stets auf Seiten derjenigen zu finden ist, welche die vorhandenen Mittel zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage benutzen. Was das Sozialistengesetz gefördert hat sind Heuschrecke und Hinterlist, und nothwendiger als dieses wäre ein Gesetz gewesen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Lockspiegels. Die Ziele der Sozialdemokratie gehen dahin, das Volk zu einem wirklich selbstständigen Charakter in der wirtschaftlichen Bewegung zu machen; zur selbstständigen Entwidlung der Kräfte verlangen wir vollständige Koalitionsfreiheit, wir wollen uns frei versammeln können und eine Presse haben, die nicht durch Fesseln beengt ist. Wir verlangen Schonung der Kräfte des Volkes und daß die Arbeit in dem Maße gelohnt werde, wie sie es verdient. Nicht mit schwächlichen Verhütungsgesetzen kann uns geholfen werden. Gründliche Maßnahmen, nicht Almosen verlangen wir. Unser Programm zeichnet uns vor, was wir zu fordern berechtigt sind. Eine Dienstverfassung oder Verleumdung unserer Vertretung im Reichstage unsere Wünsche in Erfüllung gehen würden; nein, damit wollen wir uns vertraut machen, daß ein Reichstag in wozum Einne eist recht kein langes Leben haben würde, daß man eilmehr dann bald wieder einen herbeiführen würde, der mehr Knochenlosigkeit hätte. Wir werden immer und immer wieder für unsere Grundzüge eintreten müssen, bis erreicht ist, was wir erstreben. Im praktischen Wahlkampf werden wir uns nicht als Männer zeigen, die nicht arbeiten wollen, sondern als solche Männer, welche mit ganzer Kraft das Recht und die Freiheit des Volkes wahrnehmen werden. (Stürmischer Beifall) — In der folgenden Diskussion wandte Herr P e l l i sich in längeren Ausführungen gegen die freisinnige Partei.

Wenn auch gesagt werde, Mundel sei einer der besten dürfte doch nicht vergessen werden, daß er auch in wirtschaftlicher Richtung uns entgegensteht, auch mit seinen Parteigenossen für die Wahl der Mittelklassen im Reichstage gestimmt hat. Dolinski kritisierte eingehend das sonderbare Verhalten des Abgeordneten Koch und Becker, welche für den sozialdemokratischen Kandidaten auf. — Zwei Resolutionen einstimmig angenommen. Nach dem Anwesenden sich mit dem Referenten einverstanden zu erklären, verpflichten, kräftig für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten und nur bei solchen Wählern zu verbleiben, die Arbeiter ihr Lokal zur Verfügung stellen. Die Wähler, namentlich der aus den Vororten sollen zum Zeit im „Berliner Volksblatt“ bekannt gemacht werden. Der Minister Herrfurth nahm der anwesende sozialdemokratische Kandidat für den 3. Berliner Wahlkreis, L e p e r t b e r g e r, zu einer kurzen Ansprache das Wort. Ich habe begannen Redner — nicht fehl zu gehen, wenn ich beabsichtige an einem Wendepunkt angekommen bin. Durch die Wahl der Wähler wird an der herrschenden Richtung sich wenig geändert werden, dennoch wird die große Bedeutung sein. Es ist notwendig, daß die Wähler sich vornehmlich über den klaren sind. Die Wahrscheinlichkeit der Epoche der sechziger Jahre wieder man solange auslöste, bis zuletzt nur noch mit dem Reform — würden wir gern verzichten, wenn wir nur Freiheit hätten und unsere Ideen ungehindert ausbringen könnten; dann würden andere, wirklich erzielt werden. Aber grade weil man verhindern will, ist das Gesetz gegen unsere „Gemeingefährlichkeit“ geschaffen worden. Niemand hat auch nur versucht, uns nachzuweisen, daß wir im Reichstage im dritten Kreise dürften sich diesmal nur Sozialdemokratie gegenüber stehen. Es sieht ganz so aus, ob hier ein neues Kartell gebildet wäre, um den Sozialdemokraten entgegenzutreten zu können. Was die freisinnigen wissen wir, und ich bin überzeugt, daß, wenn die Wähler die Wahl wieder verweigern sollte, aus ihren Reihen sich auch wieder Leute finden würden, der Regierung bewilligen, was sie wünscht. Deshalb wollen wir es wirklich freisinnigen Männern geziemend Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall) — Zwischen eingeleitete Resolution: Die heutige Freiheit mit aller Entschiedenheit gegen den Minister Herrfurth, daß die Sozialdemokraten nollen, also Kummern wären, und verpflichtet die Kraft für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratischen Vorherrsche, Herr Hamann, die Versammlung.

Theater.

Sonnabend, den 1. Februar.

- Opernhaus. Othello.
- Schauspielhaus. Colberg.
- Leistung-Theater. Die Ehre.
- Deutsches Theater. Ehrenschulden.
- Berliner Theater. Hamlet.
- Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Der arme Jonathan.
- Wagner-Theater. Sie wird geküßt!
- Neubauer-Theater. Die arme Löwin.
- Victoria-Theater. Stanley in Afrika.
- Sollentanz-Theater. s'Rullerl.
- Ständ-Theater. Der Rattenfänger von Hameln.
- Königsstädtisches Theater. Die Ehre.
- Central-Theater. Verolina.
- Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiber.
- Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
- Rausmann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
- Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Karlstraße.

Heute, Sonnabend, den 1. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung

mit einem speziell ausgewählten Programm unter Mitwirkung der vorzögl. Künstlerinnen und Künstler.

Zum 11. Male:

Deutsche Turner.

Große nationale Original-Pantomime vom Hofballmeister A. Siems, inszenirt vom Direktor E. Renz.

Vorführen der 8 großen engl. Vollblutpferde durch Herrn Franz Renz.

Morgen, Sonntag 4 Uhr, (1 Kind frei) zum 1. Male: Aufführung der komischen Balletpantomine. Abends 7 1/2 Uhr: Deutsche Turner. E. Renz Direktor.

Zwei große öffentliche Wähler-Versammlungen

am Montag, den 3. Februar, in den Central-Festsälen, Oranienstraße 180, und in den Industriehallen, Mariannenstraße 31

Tages-Ordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referenten: Alwin Gerisch und Zubeil. Diskussion. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten findet eine Kassenversammlung statt. Es ist Pflicht jeden Wählers, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Große öffentl. Wählerversammlung für Schöneberg und Umgegend

am Montag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, in der Schloß-Bräuerei zu Schöneberg.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Es ist Pflicht jeden Wählers, in der Versammlung zu erscheinen.

Das Wahlkomitee.

Gr. öffentliche Wähler-Versammlung

Sonntag, den 2. Februar, Vormittags 11 Uhr, in Breit, Chauffeestraße 89, bei Wittwe W.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Arbeiter. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Das Wahlkomitee.

Öffentliche Versammlung der Vergolder und Vergolderinnen

am Montag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße 10.

Tagesordnung: 1. Unsere gegenseitige Stellung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet Kassenversammlung statt. Um recht zahlreich zu erscheinen.

Der Einberufer: R.

Die Dittungsblätter der Filiale können daselbst in Empfang genommen werden.

Verband der deutschen Gold- u. Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Am Dienstag, den 4. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Stein, Alte Jakobstraße 75 (oberer Saal), eine Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin mit folgender Tagesordnung statt:

1. Beschlußfassung über die Errichtung eines Arbeitsnachweises.
2. Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung der Bestimmungen für denselben.
3. Verschiedenes.

Es erfolgt außerdem die Ausgabe der Einzahlarten zur Matinee, welche am 16. in Sanssouci stattfindet. Wochentätige und Anmeldung von neuen Mitgliedern werden in der Kasse entgegengenommen. Gäste sind willkommen. Um recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Große öffentliche Militärschneider-Versammlung

am Sonntag Vormittag 11 Uhr in den Bürgerhäusern, Dresdenerstr.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Lohnfrage im Allgemeinen. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Was bedeuten die Militärschneider zu thun, um die Bedingungen zu erhalten?

Das Wahlkomitee.

Alhambra-Theater,

Wallnertheaterstraße 15.

Sonntag, den 2. Februar: Neu einstudiert:

Robert und Bertram

oder: Die lustigen Vagabunden.

Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von G. Räder.

Musik von verschiedenen Komponisten.

Robert: Hr. Winkler. Bertram: Hr. Wilms.

Entree 30 Pf. Parquet 60 Pf. I. Balkon 50 Pf. II. Balkon 40 Pf. u. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

American-Theater.

Dresdenerstraße 55. Täglich Vorstellung. [1865]

Englischer Garten.

Alexanderstraße 27c.

Auftreten der Kostüm-Soubrette Fräulein Fritz Korn.

Auftreten der Parterre-Gymnastiker-Truppe Pink.

Auftreten der Gesangs-Duettkünstlerinnen Geschwister Broche.

Auftreten der Kostüm-Soubrette Fräulein Franziaka Clairmont.

Auftreten des Gesangs-Humoristen Herrn Kalinberg.

Anfang Vorstellung 8 Uhr. Entree 30, 50 und 75 Pf. im Vorverkauf 20 und 30 Pf. Sonntags Anfang halb 6 Uhr. Sonntags Entree 50 Pf. Vorverkauf 25 Pf. Orchester 1 Mark. Vorverkauf Entree 40 Pf.

Vollständig neues Programm.

Kaiser-Panorama.

Vassage 1 Tr. 9 R. — 10 Uhr A. Renner's. a. b. Feldzug 1870/71. Neu! 3. a. b. Feldzug 1870/71. Erinnerung. a. b. Feldzug 1870/71. Sechster Jollys. Pariser Weltausstellung. Hochinteressant! Vertigo-Reise. Eine Reise 20 W. Kind nur 10 W. Abdom. 1 W. Eine freundliche Schlafstelle für einen Herrn bei Gahn, Wienerstr. 29, v. 2 Tr. [1049]

Restaurant H. Stramm,

123 Ritterstraße 123, verbunden mit Fremdenlogis. Herberge und Arbeitsnachweis des Vereins der Klempler.

Empfehle meinen allbekanntesten vorzüglichen Frühstücks-, Mittag- und Abendtisch. Sonstige Speisen und Getränke in bester Gabe. Zwei Zimmer, passend zu Zahlstücken und Arbeitsnachweis, stehen zur Verfügung. [1440]

Jede Uhr

zu reparieren (außer Druck) kostet bei mir 1,50 Mark unter Garantie des Gut- und Richtigen. Al. Reparaturen entspr. billig.

Vager als. Arien Uhren, Gold- u. Silberwaagen.

Carl Wunsch, Rannpstr. 38,

nahe dem Oranienplatz. Korbmacher auf Bambusarbeit verl. Blume, Brandenburgstr. 25. [670]

Geschäfts-Eröffnung.

Freunden und Genossen, sowie meiner geehrten Nachbarschaft zeige hierdurch an, daß ich eine **Kind- und Schweine-Schlächtereie, Wurst- und feine Fleischwaren-Fabrik** eröffnet habe. Berlin, im Januar 1890. 705

Carl Becker (vorm. M. Haase),

Berlin N., Ewinckelstraße 16.

Rohtabak A. Goldschmidt,

am hiesigen Spandauerbr. 6, Größte Auswahl. [1658]

Garantirt scharf brennende Tabaks. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindliche Rohtabaks sind am Lager.

A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6,

am Hakenmarkt.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Mr. 27.

Sonntag, den 1. Februar 1890.

7. Jahrg.

Ein Nothschrei deutscher, schweizerischer und französischer Arbeiter aus dem „sonnigen Süden“.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Grünländer“, das Zentralorgan des schweizerischen „Grünländervereins“, nachstehende Korrespondenz aus New-York:

Die alte Geschichte von Eingewanderten, welche sich durch ungewandte, gewissenlose Agenten oder Arbeitgeber unter Verletzung glänzenden Verdienstes, schnell und leicht erworbenen Kenntnissen, nach wirtschaftlichen Gegenden mit unsagbarem Elend zu locken lassen, um dort in barbarischer Weise behandelt zu werden, hat sich in den letzten Jahren unter Konkurrenz mit Regern gewandten und den größten Entbehrungen in jeder Beziehung ausgesetzt zu werden, wiederholt sich trotz den eindringlichsten Mahnungen der Presse immer wieder.

Der neueste Hülfeschrei kommt von P. Weber aus Bremgarten (Schweiz), der nebst Johann Bauer aus Altwyl (St. Gallen) und Joseph aus Freiburg, sowie einer Anzahl Deutscher und Schweizer für Erdarbeiten und Phosphatgrubungen bei Lombard (Süd-Carolina) in New-York von einem Agenten Herrn Herz angeworben wurde.

In einem Briefe an eine hervorragende deutsch-amerikanische Zeitung schreibt Weber:

Wir glauben den Worten des Agenten und dachten, wir würden während des Winters im Süden unser Leben fristen und später mit etwaigen Ersparnissen nach dem Norden zurückgehen. Statt der versprochenen 25 Cents für den Kubikfuß Kohle, den wir ausgraben, erhalten wir aber nur 9-10 Cents, und wir zwei Mann bei harter Arbeit in 3 bis 4 Tagen nicht mehr als 1 Dollar 50 Cents gemeinschaftlich verdienen können. So ist mit unserer Hände Arbeit zu verdienen, um zu leben, ist uns nicht möglich. Wir haben Gruben von 14 Fuß Länge, 4 bis 6 Fuß Breite und 7 bis 8 Fuß Tiefe, meist in Lehmböden, bis wir auf Phosphat stoßen, welches ausgebeutet wird. Wir müssen von Morgens 6 Uhr bis Abends 5-5½ Uhr arbeiten. Des Nachts schlafen wir in Ställen, wie man sie im Süden für das Vieh hat. Auf dem Boden derselben liegt Streichholz zum Ueberfließen mit Schmutz und Ungeziefer angefüllt ist. Die Arbeit, wie während der Nacht werden wir von mit Sägen und Revolvern bewaffneten Männern bewacht, und wir sind trotzdem verpflichtet, am Montag, den 2. Dezember, zu arbeiten, wurden wir durch etwa 60 bewaffnete Italiener unter Aufsicht des Kontraktors Orlando an die Arbeit gezwungen. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Arbeiter schwer verletzt. Auch am 7. Dezember wurden zwei Arbeiter, welche durchgebrannt versuchten, eingeholt und über Jägerstiel. Der Kontraktor Orlando erklärte bei der Gelegenheit, er werde unser Leben niederstrecken, der zu entstehen versuche; er lehre sich nicht an das Gesetz, sondern handle ganz nach seinem eigenen Willen. Das Essen, welches wir aus dem Laden des Kontraktors entnehmen müssen, ist sündentheur. Wir erhalten alle 24 Stunden ein Brot und ein Stück Butter. Die Arbeit verläuft wie mitten in einem Walde bei Jacksonboro, etwa 40 Meilen von Charleston entfernt. Alle Zugänge zu unserem Arbeitsplatze sind auf 15 Meilen im Umkreise von bewaffneten Männern bewacht, so daß wir von der Außenwelt gänzlich abgeschlossen sind.

Aufsuchungen eines Berichterstatters fraglichen Blattes ergaben, daß in der Angelegenheit vier Personen (Stellvertreter und Kohlegeber) verwickelt sind, von denen jeder die Verantwortung auf den anderen schieben will. Der eigentliche Arbeitgeber ist ein Kontraktor Namens W. Orlando, der 89 Personen angeworben habe, welche nachstehenden Kontrakt unterzeichnet haben:

Die Arbeit besteht im Graben von 6-14 Fuß großen Gruben und das in denselben befindliche Phosphat muß herausgeholt werden. Sie werden 25 Cents per Fuß erhalten und je mehr Sie arbeiten, desto mehr 25 Cents-Stücke werden Sie bekommen. Die Arbeit von jedem Tage wird des Abends mit einem Zeitel verzeichnet. Die Arbeit wird in Jacksonboro, S. C., gethan. Das Fahrgehalt dahin beträgt 7 Dollar mit dem Kontraktor und 8 Dollar 25 Cents mit der Eisenbahn. Der Kontraktor wird das Fahrgehalt auslegen und an den Zahltagen, die 14 Tage, entsprechende Abzüge machen.

Die betreffenden Konsulate sind von der Sache in Kenntnis gesetzt worden, damit Schritte zur Rettung der armen Unglücklichen gethan werden können. Eine andere Zeitung fordert zeitig die amerikanischen Behörden zu einer strengen Untersuchung auf und fügt bei: Wenn dieser schmachvolle Schacher innerhalb der Grenzen unseres Landes vollaufzieht und die Arbeiter der in einen Zustand der vollsten Sklaverei versetzten Leute von unseren Behörden erreichbar sind, so sollte nichts unversucht werden, um die Opfer der gewissenlosen Agenten zu retten und diese selbst der verdienten Strafe zuzuführen. . . . Die Arbeit wird hoffentlich in voller Strenge gegen alle Personen angewendet werden, welche die Leute durch betrügerische Versprechungen verlocken und sie in barbarischer Weise behandeln. Die bereits im Interesse dieser weichen Personen erfolgte Anrufung der Bundesgewalt wird hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen und zum Mindesten die kompetenten Behörden zu entschiedenen Maßnahmen veranlassen.

Tokales.

Wiederum ein beachtenswerthes Zeichen für die Richtung, in welcher das Schulwesen hinführt sich bewegen wird, bietet die soeben erlassene Verfügung des Schulkollegiums der Provinz Brandenburg an die hiesige städtische Schuldeputation. Jener Verfügung zufolge haben von jetzt ab die städtischen Gemeindeführer, jeder lehrplanmäßigen Religionsstunde in den Schulen einzufordern, von den Lehrern jede gewünschte Auskunft zu verlangen. Ferner ist den Geistlichen am Anfang des Halbjahres der Stundenplan einzureichen, aus welchem zu ersehen sein muß die Zeit der Religionsstunden. Besonders erwähnenswert ist die Bestimmung, daß der Geistliche bei seinen Schulbesuchen zum Zwecke der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes nicht an die schulpflichtigen Stunden gebunden werden darf, und daß er nur verpflichtet ist, dem Leiter der Schule Mittheilung von diesem Eingriffe in die Schulverwaltung zu machen. Daß dem Geistlichen nach den vorstehenden neuen Rechten auch der größte Einfluß bei den städtischen Prüfungen und Verlegungen eingeräumt worden ist, ist selbstverständlich.

Durch diese Verfügung des Schulkollegiums ist sozusagen mit einem Federstrich die Leitung des Gemeindeführers in die Macht der Berliner Geistlichkeit gelegt worden. Ist der Geistliche einmal in der Schule, so werden Rektor, Kommissar, Lehrer es ihm nicht verweigern können, anderen als Religionsstunden auch beizubehalten zu dürfen und vielleicht korrigierend in dieselben eingzugreifen. Hierzu bietet der naturwissenschaftliche Unterricht ganz besonders gute Angriffspunkte. Hat die Sonne zu König Hists Zeiten in ihrem anscheinenden Laufe eine Pause eintreten lassen oder hat gar einen zeitweiligen Rücklauf angetreten, so kann von einem nach den ermittelten Naturgesetzen unabänderlichen Umlaufe der Erde um die Sonne keine Rede mehr sein und wenn Jonas mehrere Tage im Bauche eines Walfisches lebte und als ihm der Aufenthalt darin nicht mehr gefiel, sich unbeschädigt ans Land begeben konnte, so muß die Beschreibung über den Bau und das Leben des Walfisches, wie sie in den Schulen bisher gegeben worden ist, umgeändert werden oder man wird die Walfische veranlassen müssen, künftig ihren Aufenthalt aus den eisigen Polargegenden nach den sonnigeren Tropenländern zu verlegen.

Auffallen muß es, daß eine solche Verfügung, wie die besprochene, nur für die Gemeindeführer erlassen worden ist, und warum der Segen, der aus ihr zu fließen erwartet wird, den höheren Knaben- und Töchterschulen nicht auch zu Gute kommen soll. Was indess nicht ist, kann noch kommen, Religions- und naturwissenschaftlicher Unterricht kann auch in diesen Schulanstalten dem in den anderen auf gleiche Stufe gebracht werden.

Wie sich städtische Schuldeputation, Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium zu diesem neuesten Gesetze stellen werden, wird einen Maßstab für die Festigkeit des Stahles, aus welchem nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen das Rückgrat gemisser Personen bestehen soll, abgeben; unangelegentlich kommt der Gedanke, daß die städtischen Schuldeputationen, welche offen belassen, ist nicht jedermanns Sache. Hervorzuheben ist noch, daß während sich andere Länder, die wegen ihrer Barbare verstritten sind, wie England, Frankreich, Italien und selbst Brasilien von dem Einflusse der Geistlichkeit auf das Schulwesen zu befreien suchen, bei uns das Umgekehrte geschieht. Eine Antwort darauf ist indess schon längst durch die Geschichte im Voraus gegeben.

Nach einem Berichte der Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats für das Verwaltungsjahr 1888/89 waren am Jahreschlusse 1888 vorhanden 62 Ortskrankenkassen, 14 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen, 9 Innungs- Krankenkassen (für Gesellen und Lehrlinge) und die Gemeinde-Krankenkassenversicherung. Von den Kassen der ersten Art sind als die bedeutendsten zu erwähnen: die Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen mit 63 431 Mitgliedern, die Ortskrankenkasse der Gastwirthe mit 18 315 Mitgliedern, der Maler mit 17 188 Mitgliedern, der Tischler mit 16 415 Mitgliedern, der Maschinenbauer mit 15 354, für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker mit 14 835 und die Ortskrankenkasse der Schneider mit 14 665 Mitglieder. Der Mitgliederbestand in sämtlichen Kassen, welcher am Schlusse des Jahres 1887 261 160 Personen betrug, war am Schlusse des Jahres 1888 auf 273 856 Personen, 207 352 männliche und 66 504 weibliche, gestiegen. Der Mitgliederzuwachs betrug demnach 12 696 Personen. Die Zahl der Erkrankungen betrug im Jahre 1888 72 591 (gegen 72 491 pro 1887) und die der Todesfälle, für welche ein Sterbegeld gezahlt wurde, 2796 (gegen 2756 pro 1887). Krankenunterstützung wurde gewährt für 1 989 048 Tage (gegen 1 837 367 Tage pro 1887). Auf je 100 Kassenmitglieder fielen 26,5 Erkrankungen (gegen 27,7 Erkrankungen pro 1887 und 30,7 Erkrankungen pro 1886) und 1,02 Todesfälle (gegen 1,05 pro 1887). Vertheilt man die Krankentage gleichmäßig auf die Erkrankungsfälle, so ergibt sich für den einzelnen Erkrankungsfall eine durchschnittliche Unterstützungsdauer von 27,4 Tagen (gegen 24,4 pro 1887). Die Einnahmen der Kassen betragen im Jahre 1888 insgesamt 5 058 242,84 M., die Ausgaben dagegen 4 367 159,06 M., so daß eine Mehreinnahme erzielt ist von 661 083,78 M. (gegen 734 979,93 M. pro 1887). Das Vermögen der Kassen, zusammengesetzt aus Betriebs- und Reservefonds, betrug am Schlusse des Jahres 1888 2 999 144 M., welches mit Ausnahme der zur Vorfahrung der laufenden Bedürfnisse erforderlichen Baarmittel theils bei der städtischen Sparkasse, theils in Werthpapieren anlagelegt ist. Die Zahl der Streitigkeiten zwischen den Versicherten und deren Arbeitgeber einerseits, den Kassenverwaltungen andererseits über Unterstützungsansprüche oder die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen, über welche die Gemeindegewalt, als Aufsichtsbehörde, zu entscheiden hat, betrug 1071 und die Zahl der überhaupt im Verneamt bearbeiteten Sachen 4544, zu welchen noch die vorwiegend durch das Bureau bearbeiteten Anträge der Kassen um Beitragsrückzahlung und Beiträge traten. An solchen kamen 4787 Stück zur Entscheidung und auf 3302 64 M. bezifferten sich die beigetriebenen, durch das Bureau gesammelten und periodisch an die beteiligten Krankenkassen zur Auszahlung gelangten Beitragsgelder.

Zu wissenschaftlichen Theater „Arvania“ hatte Dr. P. Schwahn am Mittwoch Abend einen Vortrag über Erdbeben gehalten, den zahlreiche Lichtbildvorstellungen begleiteten. So klar und unveränderlich die Erdoberfläche auch erscheine, ein Blick abwärts in das Innere unseres Planeten belehrt uns nach den Ausführungen des Vortragenden, daß wir auf schwankenden Schollen leben, auf einem Grüste, das in Uebereinstimmung mit dem unakänderlichen Geleze von der Neuentwicklung und Umgestaltung der Weltkörper dem Verfall entgegengeht. Die Schollen, welche die Erdoberfläche bilden, seien zum Theil emporgedrängt durch Naturereignisse, die man Erdbeben nennt, Ereignisse, deren Ursprung noch unbekannt sei und zu deren Beurtheilung wir auf äußere Erscheinungen angewiesen seien. Jene fühlbare Bewegung, die aus dem Innern der Erde ausgehend auf die Oberfläche dringt, sei ein Erdbeben. Man unterscheidet verschiedene Arten der Bodenbewegungen, die Kosende, die wellenförmige und die Wirbelnde; letztere sei die in ihren Folgen schrecklichste aller Bodenbewegungen. Ihren Ursprung haben alle diese Bodenbewegungen im Innern der Erde, dort sei ihr Herd zu suchen. Von den Herden der Erdbeben aus verbreiten sich die durch sie erzeugten Erdbebenwellen sowohl in der Tiefe als auch an der Oberfläche der Erde, wobei sich die Erschütterungen am fühlbarsten an den Stellen machen, die in senkrechter Richtung über dem Herde des Bebens liegen. Kurz erwähnte der Redner die von H. Wallat und C. v. Seeback zur Ermittlung der Tiefe des Herdes befolgten Methoden und wandte sich dann zur Erörterung der Störungen in der Verbreitung der Beben, die in ihrer Stärke von der geologischen Beschaffenheit des Untergrundes abhängen. Den geologischen Eigenheiten Norddeutschlands schreibt es Dr. Schwahn zu, daß wir hier so wenig von Erdbeben zu leiden haben. Interessante Mittheilungen machte der Vortragende über den Verbreitungsbezirk des großen Erdbebens,

welches zu Ende des vorigen Jahrhunderts Lissabon zerstörte. Er sagte, daß dieses Erdbeben auf einem Dreizehntel der gesammten Erdoberfläche gefühlt worden sei und daß man es sogar in Nordamerika, z. B. Philadelphia und New-York verspürt habe, daß der Ozean in Nordamerika, wie der Maclarensee in Schweden Einwirkungen dieses Erdbebens verrathen hätten. Die wissenschaftliche Beobachtung von Erdbeben hat nicht die Möglichkeit geliefert, Prognosen zu stellen, wenn auch Leute mit falschen Hypothesen in der Lage zu sein glaubten, Erdbeben vorausbestimmen zu können. Doch verspricht sich Redner auf dem Gebiete der Erdbebenforschung auch nach dieser Richtung hin von der fortschreitenden Wissenschaft große Erfolge. Er erwähnte des Trommeters und des Seismographen, als die wichtigsten Instrumente bei der Beobachtung von Bewegungen der Erdoberfläche, Apparate, die so fein gearbeitet seien, daß sie im Stande sind, Erschütterungen der Erde zu verzeichnen, die von Menschen kaum wahrgenommen werden können, und besprach im Anschluß daran die Methode des Professor Rossi, der mittelst des Mikrotelephons Erdbeben beobachtet, wie ein Arzt einen Patienten. Dem opferfreudigen Mithes Valmiers, der auf dem Observatorium auf dem Vesuvius in künstlicher Gefahr, sein Leben der Erdbebenforschung widmete, sollte der Redner die höchste Anerkennung, und besprach dann Erscheinungen, wie Spaltenbildung, Wasserausflüßungen, Störungen von Quellen und Fließwegen, von denen Erdbeben häufig begleitet sind. Im zweiten Theile seines Vortrages führte Dr. Schwahn seine Zuhörer durch das Trümmerfeld, welches Ischia nach dem schrecklichen Erdbeben vom Jahre 1883 bedeckte. An diese Schilderung knüpfte Dr. Schwahn eine scharfe Kritik der Faibischen Theorie von dem Einflusse des Mondes auf die Bewegungen des glühflüssigen Erdinnern. Redner wies darauf hin, daß es aller Brauch sei, den Mond für Alles verantwortlich zu machen, was man sich auf anderem Wege nicht erklären könne, und gab Herrn Dr. Faib den Rath, statt die Leute durch die Vorausbestimmung einer Reihe von angeblich „kritischen Tagen“ zu beunruhigen, stichhaltige wissenschaftliche Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptung beizubringen.

Es mehren sich die Fälle, daß Quittungsbücher der städtischen Sparkasse, in welchen sich gefälschte Eintragungen befinden, derselben präsentirt werden. Nur in den seltensten Fällen wird damit jedoch ein Betrag bestritten, vielmehr handelt es sich zumeist darum, unterlassene Einzahlungen oder erhobene Beiträge von eigenen Familienmitgliedern — die Frau vor ihrem Gatten, die Braut vor ihrem Verlobten, um ihre Vermögensverhältnisse glänzender darzustellen — zu verheimlichen. In Würdigung dieser Verhältnisse hat sich das Kuratorium der Sparkasse darauf beschrankt, nur solche Fälle der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen, in welchem gegen Fälscher, insbesondere wenn der geschädigte Ehegatte als Fürsprecher auftrat, hat die Sparkassenverwaltung die Sache auf sich beruhen lassen. Angesichts der in letzter Zeit sich so sehr mehrenden Vorkommnisse dieser Art wird die Verwaltung in Zukunft aber von dieser milden Praxis Abstand nehmen. So hat denn auch das Kuratorium der Sparkasse in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Interesse der Glaubwürdigkeit der Sparkassenbücher jeden einzelnen Fall der Fälschung oder Annahme bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. Die Sparkasse selbst erleidet durch die Fälschungen keinen Schaden, da jeder Polter mehrfach gebucht wird, eine Täuschung derselben aber absolut ausgeschlossen ist.

Die freiwillige Gemeinde von Berlin veröffentlicht ihren Jahresbericht für 1889 (nebst Mittheilungen für 1890), welchem zu entnehmen ist: Die Gemeinde zählte 1501 Mitglieder. Es wurden 58 Vorträge gehalten, darunter von Dr. Böllke 17, Dr. Wille 15, Volkmann 11, H. Walter 3, Professor Bruno Meyer 1. Den Religionsunterricht erteilte bis zum März Herr Kunert, bis Oktober Herr Vogtherr, seit November Herr Wille. Die Entlassung der Religionslehrer wurde am 14. April 1889 geleitet, an ihr nahmen 37 Kinder theil. Das Ergebnis der Vorstandswahl haben wir schon mitgetheilt.

Verhaftet wurde gestern der Magistrats-Bureauvorsteher und Kassenverwalter der St. Georgen-Kirchengemeinde, Arendt, Landsbergerstr. 60 wohnhaft. Die seiner Zeit der Magistratsbeamte S. Hermann hatte auch Arendt ein Nebenamt und war bei der St. Georgenkirche, und während er städtischerseits ein Gehalt von etwa 1000 Thalern bezog, so brachte ihm das Nebenamt auch noch jährlich 3000 bis 4000 M. ein. Arendt stellte, der „Post“ zufolge, an das Beten Ansprache, welche noch bei weitem sein großes Gehalt übersteigern, so daß er nach und nach die Kirchenkasse um 60 000 M. leertrogen hat. Durch geschickte Buchführung war es ihm gelungen, jahrelang die Unterschlagungen geheim zu halten, bis gestern eine unvorhergesehene Kassenrevision für den ungerechten Beamten vorgehängen wurde. Gestern Vormittag erschien in seiner Wohnung ein Kommissionsmitglied mit mehreren Beamten und verhaftete ihn. Es entging hierbei dem vorsichtigen und aufmerksamen Kommissar nicht, daß Arendt ein Fläschchen heimlich in seine Tasche steckte. Der Beamte beobachtete den Verhafteten nunmehr sehr scharf, und als derselbe plötzlich das Fläschchen hervorholte, um es an den Mund zu legen, fiel er ihm in den Arm und entwand ihm das aufgelöste Cyanalkali. Arendt ist verheirathet und hat erwachsene Kinder. Der Verhaftete wurde gestern Mittag der königlichen Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Von einem größeren Brande wurde gestern früh die Zerkohlenfabrik von Julius Hirschmann betroffen. Die Fabrikräume nehmen den größten Theil vom 3. Stockwerk der an der Beuthstraße belegenen Front des bekannten Industriegebäudes ein, dessen andere Frontseite sich in gleich langer Ausdehnung an der Kommandantenstraße hinzieht. Das Feuer ist zweifelslos schon lange vor seiner Entdeckung ausgebrochen, da beim Entwerfen der Luft nach 4½ Uhr alarmirten Feuerwehre bereits vier große Fabrikräume vollständig in Flammen standen. Den vordringenden Löschmannschaften erwuchs zunächst dadurch ein unvorhergesehener und für die Bewältigung des Brandes schwerer in's Gewicht fallender Aufenthalt, als von denselben erst die zur Fabrik führenden schweren eisernen Thüren gewaltsam erbrochen werden mußten. So schnell dies auch bewerkstelligt wurde, so ging damit immerhin eine kostbare Zeit verloren. Für einen Durchbruch der Flammen nach den unter der Brandstätte belegenen Sälen des Vereins der jungen Kaufleute bewachte dem überliegenden, ebenfalls Geschäftsräume beherbergenden Mansardengeschloß brauchten zum Glück keine Verfühlungen gekehrt zu werden, da sämtliche Stockwerke feuerfester eingemauert sind. Es kam deshalb nur darauf an, eine Ausdehnung des Brandes auf die noch intakten Fabrikräume, sowie auf die benachbarten Geschäfte zu verhindern. Hierzu reichten die Gas- und Dampfspritzen, welche mit zwei Schlauchleitungen arbeiteten, und eine große Handdruckspritze vollkommen aus. Die Schläuche der ersteren waren über die bis zum Brandherde führenden Treppen, der Schlauch der anderen Spritze in der Front über die mechanische Leiter vor-

genommen. In etwa 14stündiger Thätigkeit war die Beschäftigung soweit zu Ende geführt, daß an das Aufräumen gegangen werden konnte, was erst im Laufe des Vormittags seine Endschicht erreichte. Der Zerstoßung sind ganz bedeutende Vorräte an Kuchen, Biskuitswaren und fertigen Trüffelgebäckfabrikaten anheimgefallen. Auch die prächtige Sandsteinfassade hat sehr gelitten, so daß sowohl der Immobilien- als auch der Mobiliarschaden ein sehr beträchtlicher ist, durch Versicherung jedoch gedeckt wird. Die Entstehungsurache des Brandes ist unauflöslich geblieben.

Einer ausgedehnten Fehlerbande ist die hiesige Kriminalpolizei durch die Verhaftung eines gewerkschaftlichen Händlers M. auf die Spur gekommen. M. stand schon lange im Verdacht, aus einem Geschäft in der Spandauerstraße gestohlene Tuche für ein Billiges an sich gebracht zu haben. Die Recherchen sind noch im Gange, man glaubt, daß diese Untersuchung große Dimensionen annehmen wird, da es sich um bedeutende Waarenposten handelt.

Die Ermittlung eines Diebes durch Sympathie. Man sollte kaum glauben, daß in gar nicht allzu weiter Entfernung von Berlin noch der Aberglaube die „schönsten Blüten“ treibt. In Grünfeld, einem Dorfe im Kreise Osthavelland, waren vor einigen Tagen dem Materialwaarenhändler Schenk auf räthselhafte Weise 36—40 M. Geld aus der Ladentasse gestohlen worden. Um nun den Dieb zu ermitteln, kaufte man für eine ungerade Zahl Pfennige eine Quantität Stenadeln, mit welchen der Name des mutmaßlichen Diebes auf einem Lappen buchstabenweise ausgedrückt wurde. Sodann kaufte man, ohne mit dem Verkäufer zu handeln, einen Topf und legte in denselben den Lappen, welcher sodann gefocht wurde. Noch keine Viertelstunde hatte in dessen der Topf auf dem Feuer gestanden, da fand man in der Nähe des Hauses in Papier und Lappen gewickelt 24 M. bares Geld vor. Die abergläubische Scheu hatte wahrscheinlich den Dieb veranlaßt, das gestohlene Geld, soweit er es noch nicht verbraucht, dort schleunigst niederzulegen, nachdem er von den „Zauberoperationen“ Kenntnis erlangt hatte.

Eine brutale Auschreitung beging, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, am letzten Nachmittage in der fünften Stunde ein anständig gekleideter, wohlbeleibter Mann, welcher am Velleallanc ploß einen Pferdebockswagen der Linie Kreuzberg-Befundbrunnen bestiegen hatte. Dieser neue Passagier, welcher eine brennende Zigarre im Munde hatte, wollte auf dem Hinterron bleiben; da derselbe aber bereits vollständig besetzt war, so forderte der Schaffner ihn auf, entweder in das Innere des Wagens oder auf das Verdeck sich zu begeben. Der Passagier erhob zwar Einwendungen dagegen, mußte sich aber, da er das Rauchen nicht einstellen wollte, endlich doch dazu entschließen, das Verdeck zu besteigen; er wurde hierbei aber in hohem Grade ausfällig gegen den Schaffner und nannte diesen u. A. einen „aulen Kopf“, einen „Verderbungen“ und dergleichen. Nach einiger Zeit war der Schaffner dem Manne aufs Verdeck gefolgt und stellte ihn dort wegen seiner Schimpereien zur Rede; das nahm dieser aber so übel auf, daß er seinen Stock erhob und dem Schaffner damit zwei Schläge über den Arm versetzte, der dritte gegen den Kopf gerichtete Hieb wurde von dem Angegriffenen glücklich parirt. Dieser Ueberfall fand in der Nähe der ersten Haltestelle jenseits des Alliance-Platzes in der Lindenstraße statt. Der Schaffner fuhr vorläufig mit seinem Wagen weiter, bis ihm in der Nähe des Kammergerichts ein Schutzmännchen in Sicht kam. Nun ließ er halten und ersuchte, nach Mitteilung des Sachverhalts, den herangerufenen Polizeibeamten, den Exzedenten zu verhaften. Wohl aber mußte dieser selbst sich entschließen, der Aufforderung des Schutzmännchens Folge zu leisten und das Verdeck und den Wagen zu verlassen. Während der brutale Passagier nach der nahegelegenen Polizeiwache in der Lindenstraße gebracht wurde, setzte der mißhandelte Schaffner seine Tour weiter fort. Was mit dem arretirten Fahrgast geschehen, das konnten wir nicht erfahren; die brutale Ausschreitung dürfte ihm jedenfalls sehr übel bekommen.

Der Gastwirth V. Spindler, Friedrichsberg, Friedrichsberg, 34, ist ebenfalls bereit, Meldungen von Parteigenossen, die bei der Wahl im Nieder-Barnimer Kreise beihilft sein wollen, entgegen zu nehmen. Es wird uns mitgeteilt, daß die Beihilftigung der jüngeren Genossen im Nieder-Barnimer Kreise sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wer also Zeit und Lust hat, veräume nicht, sich rechtzeitig zu melden.

Die Niedorfer Lokalkommission macht ferner bekannt, daß der Restaurateur Kammer, Berlinerstr. 136, seinen Saal zu allen Versammlungen hergiebt.

Im Bezug auf die gestrige Erklärung des Herrn Bamberger, die Schöneberger Schloßbrauerei betreffend, wird uns von der Lokalkommission mitgeteilt, daß das Wegbleiben der Schloßbrauerei aus der Liste auf irrthümliche Mittheilungen, die der Lokalkommission zugegangen sind, zurückzuführen ist. Zum nächsten Montag ist nach der Schöneberger Schloßbrauerei eine Verammlung einberufen, in welcher Herr Wilhelm Werner referiren wird.

Polizeibericht. Am 30. d. M. Morgens verfiel eine Frau in ihrer Wohnung in der Alten Schönhauserstraße plötzlich in Ohnmacht und brachte ihrem im Bette liegenden Ehemann mittelst eines Beils eine schwere Verletzung am Kopfe bei. — Vormittags stürzte der Telephonarbeiter Polenz beim Begang von Leitungsdrahten vom Dache des Hauses Steinwegstraße 46 auf den Bürgersteig hinab und verstarb auf der Stelle infolge des erlittenen Schädelbruches. — Radmutter aus dem im Seitensügel des Hauses Bufowerstraße 6 Feuer, welches den halben Dachstuhl und viele Holzwerkzeuge zerstörte, ebenso entstand im dritten Stock des Hauses Beuthstraße 20 ein Brand, der einen Theil der Tischtischler-Fabrik von Hirschlaff zerstörte; außerdem fanden im Laufe des Tages noch zwei kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Die leidigen Ofenklappen, die in Berlin durch das Nachgeben der Polizei glücklich beseitigt worden sind, erfordern in den kleinen Orten der Umgegend noch immer ihre Opfer. Gest am Freitag hatte sich vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II wieder einmal eine Mutter wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten, weil sie durch vorzeitiges Schließen der Ofenklappe den Tod ihres Kindes herbeigeführt hatte. Die verheiratete Weber Holzinger in Bernau, Anna geb. Kunze, bestand sich am Morgen des zweiten Dezember nicht wohl. Sie leate sich daher mit ihrem einunddreißigjährigen einzigen Kinde Ernst wieder zu Bett, nachdem sie den Ofen des Zimmers noch einmal mit Steinkohlen geheizt und um die Wärme möglichst zu erhalten, die Klappe geschlossen hatte. Als am Mittag der Mann von der Arbeit kam, fand er die Wohnung mit Kohlenoxydgas gefüllt und die Frau mit dem Kinde anscheinend leblos im Bett liegend. Der schnell herbeigeholten ärztlichen Hilfe gelang es, die Mutter wieder ins Leben zurückzurufen, bei dem Kinde blieben jedoch alle Wiederbelebungsversuche vergeblich. Die, im Ofen vorgefundenen Kohlenreste lieferten den Beweis, daß die Klappe zu früh geschlossen worden war, weshalb die Mutter den Tod des Kindes strafrechtlich zu verantworten hatte. Der erste Staatsanwalt Müller, welcher selbst die Anklage vertrat, brachte nur das niedrigste Strafmaß von einem Tage Gefängnis in Antrag, weil die Mutter durch den Tod ihres Kindes ohnehin schon schwer genug gestraft sei. Dieser Ansicht war auch der Gerichtshof, der zwar nur auf einen Tag erkannte, die Frau aber eindringlich darauf hinwies, daß eine vorichtige

Hausfrau die bei Steinkohlenheizung so überaus gefährliche Ofenklappe überhaupt niemals schließen dürfe.

Den Kleinhandlern ist beim Einkauf von Speiseöl eine besondere Vorsicht anzurathen, wenn sie nicht mit dem Nahrungsmittelgehalt in Streit gerathen wollen. Die der Gerichtschreiber Dr. Bischoff in einer Verhandlung, welche gestern vor der 91. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand, auseinandersetzt, versteht die Behörde unter „Speiseöl“ keines unversälfchten Olivenöl und verlangt, daß auch dem Publikum solches verabreicht wird, wenn Speiseöl gefordert wird. Nun wird zwar Olivenöl von einigen Großhändlern in reinem Zustande aus seiner Heimath bezogen und auch in unversälfchten Zustande an größere Kolonialwaarenhändler abgegeben, die letzteren versetzen in häufigen Fällen aber das reine Öl mit dem zwar unschädlichen, aber bedeutend minderwertigen Sesamöl zu versetzen und diese Mischung den kleineren Detailisten, wie Vorloshändlern u. s. w. als Speiseöl zu verkaufen. So komme es, daß besonders in kleineren Wirtschaften „reines unversälfchtes“ Speiseöl ein seltener Artikel sei. Unzweifelhaft sei eine derartige Handhabung mit dem Olivenöl als eine Nahrungsmittelverfälschung anzusehen. Als ein Opfer dieser verwerflichen Methode war die Vorloshändlerin Fr. anzusehen, welche sich wegen des genannten Vergehens auf der Anklagebank befand. Die Polizei hat in längerem Zwischenraume zu zwei verschiedenen Malen Speiseöl aus ihrem Geschäft entnommen, das sich beide Male als mit Sesamöl versetzt erwies. Die Beschuldigte führte zu ihrer Entlastung an, daß sie nach der ersten polizeilichen Rüge sofort eine andere Bezugsquelle gewöhnt und zur Bedingung gemacht habe, daß ihr „reines“ Öl geliefert werde. Die Waare selbst auf ihre Unversälftheit zu prüfen, entziehe sich ihrer Kenntniß. Dr. Bischoff bestätigte, daß dies nur auf chemischem Wege geschehen könne und ebenfals, daß eine von der letzten Bezugsquelle entnommene Probe sich ebenfals als mit Sesamöl versetzt erwies. Der Staatsanwalt erachtete unter diesen Umständen nicht für dargethan, daß die Angeklagte eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz, sei es wesentlich oder aus Fahrlässigkeit sich schuldig gemacht habe und beantragte Freisprechung, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

Ein strafrechtlicher Tadelsüßer, welcher schon ein ganzes Jahrzehnt hindurch nicht leben und nicht sterben konnte, ist am gestrigen Tage durch die II. Strafkammer am hiesigen Landgericht I endlich zur ewigen Ruhe bestattet worden. In den Gerichtsakten figurirte dieses „Märchen aus alten Zeiten“ unter dem Titel: „Anklage wegen Betruges gegen den Almosenempfänger Louis Blank“. Dieser Unglücksmanich, welcher die Staatsanwaltschaft zehn Jahre hindurch mit seiner Person beschäftigt hat, wird beschuldigt, im Jahre 1880 bei einem Kartoffelgeschäft einen Dritten betrogen zu haben. Das strafgerichtliche Verfahren hatte mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, denn bald war der Angeklagte nicht aufzufinden, bald war der Belastungszeuge von der Bildfläche verschwunden; die Akten wanderten hin und her und es ist eine ganze Quantität Akten in dieser Angelegenheit verlohren worden. Darüber sind nun glücklich zehn Jahre verfloßen; der Belastungszeuge ist seit 5 Jahren ganz verschollen, alle Anstrengungen, seiner habhaft zu werden, sind erfolglos geblieben und so machte der Staatsanwalt im gestrigen Termin den Vorschlag, einen viden Strich durch diese unbearbeitete Angelegenheit zu machen und dieselbe durch Freisprechung des Angeklagten endlich aus der Welt zu schaffen. Der Gerichtshof folgte diesem Rathe, da auch er der Ansicht war, daß der Belastungszeuge, selbst wenn seine Auffindung glücken sollte, sich höchst wahrscheinlich doch nicht mehr würde erinnern können, unter welchen Umständen er vor zehn Jahren das Kartoffelgeschäft abgeschlossen.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Reichstagswähler-Versammlung des 2. Berliner Reichstagswahlkreises tagte am Dienstag, den 28. Januar, in der Berliner Unionsbrauerei. Nach der Wahl der Herren Wilschke, Fahrenwald und Klein ins Bureau ersuchte Herr Wilschke als Leiter der Wahlbewegung des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises um geneigte Unterstützung der Genossen beim Verbreiten von Flugblättern, sowie zur Aufbringung der erforderlichen Gelder durch freiwillige Beiträge für Druckkosten u. dergleichen. Hierauf erhielt Herr Glöck zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ das Wort. Referent schilderte zunächst die gedrückt wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Kleinhandwerker, Gewerbetreibenden und der Landbevölkerung. Er sprach ferner gegen Vermehrung der stehenden Heere und für Einführung der Volkswehr nach dem Muster der Schweiz, sowie für Aufhebung aller indirekten Steuern und empfahl die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Hierauf hob er die Folgen des Sozialistengesetzes, der Kornzölle, der Spirituszölle, die Segnungen des Altersversicherungsgesetzes und Arbeiterchutzgesetzes hervor und schloß mit den Worten: Die Wähler des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises mögen voll und ganz für die Wahl des Buchbinders Janiszewski's eintreten und denselben zum Siege verhelfen. Zum Punkt 2. Disjunktion, verlas Herr Fahrenwald ein Flugblatt der Gegner an die Berliner Arbeiter gerichtet, welches an Unwissenheit und Gehässigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Herren Klein, Wegrau, Strud, Raad und Schümann's schlossen sich den Ausführungen mit einigen Ergänzungen an; ein Herr Peter als Gegner hob hervor: Es sei weder Antisemit noch Fortschrittler, das Sozialistengesetz war ein Fehlgriff, aber nöthig, nachdem die Schiffe von Höl und Rottung auf den Kaiser gesellen waren, aber das Gesetz ist auch schlecht wieder abzuschaffen. Wir müssen zu unserer Regierung das volle Vertrauen haben, auch bedürfen wir der starken Militärmacht gegen Unkultur und Unsitlichkeit, weil Rußland und Frankreich sonst über uns herfallen würden. Herr Peter wurde nun vom Referenten in seinem Schlussworte gehörig Heim geleuchtet, eine Resolution folgenden Inhalts wurde mit allen gegen 9 Stimmen angenommen. Die heutige öffentliche Wählerversammlung des 2. Berliner Reichstagswahlkreises weiß den Ausdruck des Minifers Hartzsch, daß die sozialdemokratische Partei nur der Vertreter derjenigen Arbeiter sei, welche nicht arbeiten wollen, mit Entrüstung zurück. Die Wähler des 2. Wahlkreises werden dahin wirken, daß genügend Männer in den Reichstag kommen, welche Zustände schaffen, damit das Volk in jeder Art mehr aufgeklärt wird, damit Jedem nicht allein das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht auf Arbeit auferlegt wird. Es ist daher mit aller Macht dahin zu wirken, daß der Kandidat Janiszewski am 20. Februar als Vertreter des 2. Berliner Reichstagswahlkreises gewählt wird. Nach Erledigung einiger Anfragen und Anträge unter „Verschiedenes“ schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend hatte für den Abend des 30. Januar zwei Versammlungen anberaumt und zwar für den Südwesten in Habel's Brauerei und für den Norden in Schneider's Salon, Belfortstraße, anberaumt. Die letztere Versammlung fand unter persönlicher Leitung des ersten Vorsitzenden, Herrn Bernau, statt. Auf allgemeinen Wunsch wurde von dem auf der Tagesordnung vorgesehenen Vortrage über: „Arbeiterbewegung der Neuzeit“, abgesehen und trat die Versammlung ohne Weiteres in eine Diskussion gewerkschaftlicher Fragen ein. Der Vorsitzende, Herr Bernau, gab zunächst bekannt, daß das künftige Bureau Veranlassung genommen habe, das Restaurationslokal von Kuhlman, Ecke der Neuen Friedrichs- und Kosenstraße, zum

Verkehrslokal der Berliner Maurer zu bestimmen. Es solle durch eine Zentralkasse, eine Art privater Arbeitsvereins, geschaffen werden, indem durch gegenseitige Unterstützung und Benachrichtigung jede Arbeitslosigkeit leichter zu vermeiden, doch arbeitslose und hungernde Kollegen nach diesen viele unangenehme Kaufereien und Unkosten auf die Arbeit erspart werden könne. Durch eine derartige bestmögliche Zuweisung von Arbeitsgelegenheit würde sich, wie der Herr Vorsitzende meinte, das Bemühen der Zusammengehörigen, eine Kollegialität unter den Berliner Maurern noch mehr zu entwickeln und in jeder Beziehung gute Früchte tragen. Besonders zu gedenken sei das gewählte Lokal zum Verkehrslokal, durch, daß es in der Nähe des Krankenkassenlokals gelegen und keine Sache lasse sich über das Raie brechen — und einen sehr Zusammenhalt unter den Maurern zu schaffen, um die Zeit der Organisation zu heben und zu häften. Etwas dings dürfe von den beiden an die Spitze der Bewegung gestellt Personen nichts Unmögliches gefordert und erwartet werden; sie allein seien nicht im Stande, das vorgesezte Ziel zu erreichen, wenn sie nicht allseitig nachdrücklich von der Kollegenschaft unterstützt werden. Masse müsse mit Rath und That hinter ihren Führern stehen, nicht aber lediglich von den Führern allein ihr Ziel erreichen. Durch ein gemeinschaftliches Handeln sei etwas und Erhebliches zu erreichen. (Lebhafte Zustimmung.) Ferner sollte die Vorstehende mit, daß am Donnerstag, den 6. Februar, ein Mitglied, Sebastianstraße, eine ordentliche Mitgliedsversammlung stattfinden. Solche sind fortan monatlich zweimal in der Woche zu halten, doch sollen daneben noch Bezirksversammlungen abgehalten werden. In diesen müsse man sich in der ersten Zeit der Vorstehende meinte, zur Zeit einer weichen Beschäftigung befinden. Wenn in gewerkschaftlicher Hinsicht auch eine Einigkeit unter der Berliner Maurerschaft nicht zu erreichen sei, in politischer Hinsicht seien sich die Berliner Maurer aber einig. Das politische Interesse sei aber größer und noch höher als das gewerkschaftliche, deshalb müsse dieses erst juristisch bis zum 20. Februar, wo das Proletariat aufrufen sei, einen verständlichen Protest einzulegen gegen die herrschenden Zustände. Deshalb dürfe die Wahlbewegung nicht unnötigerweise durch gewerkschaftliche Versammlungen unterbrochen werden, die jetzt doch wenig erfolgreich sein würden. Herr Jozorke beleuchtete an der Hand verschiedener Beispiele die heutige Rothlage der arbeitenden Bevölkerung, daran, daß die Stundenlöhne bereits wieder bis auf ein Drittel gesunken seien und verwieis auf die Nothwendigkeit einer starken Organisation bebuts Eringung besserer Arbeitsbedingungen. Das Bureau müsse kräftig in die Agitation müsse kräftig eingegriffen werden, eine Taktik müsse Platz greifen, in der bisherigen Weise nicht länger fortgehen. Herr Scheel war derselben Meinung früher gegen die Entsetzung eines Bureau's, erklärte er sich nunmehr mit der vollzogenen Sache einverstanden und richtete aus seinerseits einen Antrag an die Kollegenschaft, das Bureau allseitig zu unterstützen und die Agitation in jeden Winkel zu tragen. Die Agitation solle arbeiten am dem großen Werke der Auslösung, unter Unterstützung und sich nicht auf Einzelne verlassen. Im Widerstand zu der von Herrn Jozorke durch Ausweisung geschilderten Rothlage, meinte Redner, die ihm zu Ohren gekommenen Mittheilungen, die Berliner Magistrat beabsichtige, die Berliner Maurer die fünfte Steuerstufe zu „erheben“ (eine Mittheilung die später von Herrn Hermschmidt als auf vorbildlich gehalten sich stützend dahin ergänzt wurde, daß die Einkommenkommission des Magistrats beschlossen habe, alle Berliner Maurer, die das 50. Lebensjahr noch nicht erreicht, weniger als fünf Kinder haben, in der fünften Steuerstufe zu besteuern, die übrigen aber in der dritten zu belassen). Berliner Maurer seien kaum fähig, die dritte Steuerstufe zu bezahlen. Wenn Staat und Kommune so hohe Steuern von den Arbeitern im allgemeinen und den Maurern insbesondere verlangte, so wäre es wohl Pflicht von Staat und Kommune dafür Sorge zu tragen, daß wenigstens auf ein Drittel Lohn werde, indem die Stasis- und Kommunalbauten nicht in eigene Hände nehmen und keine Subvention vergeben, wodurch auf Kosten der Arbeiter die Preise gedrückt und die Pflucharbeit privilegiert hätten die Arbeiter Mitleiden, so wollen sie auch Rechte haben und diesen ihren ersten Willen sollen und werden die Arbeiter am 20. Februar durch Ausübung ihres Wahlrechtes, des Wahlrechtes zur Vertretung des Volkes. Hermschmidt schloß sich in wärmster Weise diesem Aufrufe an und vermochte es im Uebrigen nicht in Einklang bringen mit den Geboten der Gerechtigkeit, daß die in der anstehenden Maurer auf dem Plaster liegen, welche die Steuern bezahlen müssen, während „Auserhalb'scher“ ihrer Heimath nur wenige Pfennige Steuern zahlen, die Restaurantbesitzer, welche Andere aus dem Hause haben, Arbeiter überall einen auskömmlichen Lohn verdienen. Zum Schluß kam der Vorsitzende noch auf einen Artikel zu sprechen, den die „Grundzeitungs-Zeitung“, das Organ der „Vereins Berliner Bauinteressen“, sich augenblicklich der Feder des Herrn „Baumeister“ Dittgers, wie der humorvoll in dem betreffenden Artikel benannt wird, hat. Derselbe handelt von einem gemacht sein sollenden Beschlage, dahingehend, Ausschüsse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wählen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zukunft zu vereinbaren hätten. Der Vorsitzende gab die Meinung dahin kund, daß er es unter der Würde der Vereinigung halten würde, in irgend welche Verhandlungen dem Verein der sog. Bauinteressen zu treten und wurde in dieser Meinung seitens der Versammlung allseitig bestätigt. Die Forderungen der Maurer werden im erwähnten Artikel natürlich wieder als unerschämte bezichtigt und gab dies dem Redner Veranlassung, auf die wirtschaftliche Anarchie, welche einzutreten sei, hinzuweisen auf den Unst und, daß man trotz alledem der berechtigten Bewegung der Maurer nicht Rechnung zu tragen gewillig sei. Deshalb ermahnte Redner ebenfalls, die Organisation großartig zu machen, dann würde es ein leichtes sein, jene „An der Wand zu drücken, daß sie quetschen“ (Beifall.) Nachdem wählte die Versammlung zu Kontrolleuren für den Norden die Herren Bollroth, August Schulz, und gab der Vorsitzende bekannt, daß Willeis a 20 Pf. zur „Armonia“ bestellt und für den 30. Februar für die „Freie Vereinigung“ referirt worden seien.

Eine große Hausarbeiter-Versammlung der Umgegend fand am Mittwoch in Remy's Salon, Rauphagen, statt. Die Tagesordnung lautete: Wie stellen sich die Hausarbeiter zu einer diesjährigen Lohnbewegung? Da der Vorsitzende, Buchdrucker Berner, verlagte sich die Versammlung nach 10 Uhr, trat alsdann aber in die Diskussion des Tages ein. Der Vorsitzende Jahnd beleuchtete die immer mehr hand nehmende Kapitalmacht und wies nach, daß die Arbeiter, welche an die Arbeitskraft gestellt werden, immer weniger werden, da die Mutter, die auf den Markt geworfen werden, komplizirter und zugleich billiger gearbeitet werden müssen, die nächste Redner, Herr Robert Schmidt, sprach in längerer Rede die Hausarbeit im Allgemeinen. Er zeigte, daß die Hausarbeit billigen Löhne durch die Ausnutzung der Kinder und Frauen verursacht. Der Redner gab alsdann seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Zustände, wie sie in der Berliner Lederverbranche vorhanden sind, einzig dastehen, und höchstens noch in den Industriebezirken des Thüringer Waldes vorkommen. In anderen Redner schlossen sich diesen Ausführungen an und

